

DEUTSCHLAND

Kernenergie: Der Kanzler geht aufs Ganze

Mit einer Politik des Alles oder Nichts will Helmut Schmidt die Koalition auf ein Ja zur Kernenergie festlegen. Die Widersacher sollen mit Rücktrittsdrohungen

auf Kanzlerlinie gebracht werden. Atomkraft-Gegner Erhard Eppler hält Schmidts Strategie für „völlig irre“ und sagt voraus: „Damit wird er Schiffbruch erleiden.“

Vor seiner vielleicht härtesten Kraftprobe mit den linken Kernenergie-Gegnern in der eigenen Partei suchte und fand der Kanzler Trost bei rechten Getreuen. Während des traditionellen Spargelessens der Bonner SPD-Kanalarbeiterriege im Unkeler Rheinhotel Schulz bekannte Ehrengast Helmut Schmidt: „Ich gehöre zu denjenigen, die sich darüber freuen, daß es euch gibt.“

Egon Franke, Innerdeutscher Minister und Chef der einflußreichen Fraktionsrunde, gab das Lob zurück: „Das, was wir mit Helmut Schmidt haben, dürfen wir nicht abwerten lassen“ — schon gar nicht „von all den kleinen Pinschern, die glauben, sie seien auch schon ganz groß“.

Und Franke versprach dem Kanzler, „der das noch viele Jahre bleiben muß“, bedingungslose Treue in der Auseinandersetzung mit „Besserwissern und Klugscheißern“. Franke: „Wir haben keine Zeit mehr, mit jenen alles, aber auch alles zu diskutieren, auch dann noch, wenn sie überhaupt nicht mehr gefragt sind.“

Auch Schmidt ist der Debatten überdrüssig, wie sich tags darauf, am Mittwoch bei der Energiedebatte im Kabinett, zeigte. Als FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nach Börsianerart über Preis- und Mengennotierungen, Angebot und Nachfrage an den Ölmärkten in Rotterdam und der Karibik referierte, unterbrach Schmidt den aktuellen Report. Es gehe nicht nur um den Tagespreis von Superbenzin und Heizöl, es gehe, so der Regierungschef, um Schicksalsfragen mit gewaltigen Dimensionen.

Für die nächsten 30 Jahre, bis neue unerschöpfliche Energiequellen aus



Energiepolitiker Schmidt*: Visionen von Kriegen und Katastrophen

Sonne, Wind und Meer erschlossen sind, hält Schmidt Kernenergie für unerläßlich, auch wenn damit innenpolitische Zerreißproben zwischen Regierung und Umweltschützern noch härter werden.

Der Kanzler: „Die Lage ist so ernst, daß für mich durchaus Grenzen sichtbar sind. Wenn irgend jemand meint, man könne sich opportunistisch an vorhandene Strömungen anpassen, dann gibt es für mich einen Punkt, wo ich nicht mehr mitmache.“

* In der Grube „Reden“ bei Neunkirchen.

Jeder am Kabinetttisch wußte, was Schmidt damit sagen wollte: Es war die dritte Rücktrittsdrohung innerhalb weniger Tage. Schon beim Rückflug von seinem Amerika-Besuch hatte der Kanzler in der vorletzten Woche angedeutet, er werde lieber demissionieren, als sich den Gegnern der Kernenergie in SPD und FDP zu beugen. Und am vergangenen Montag erschreckte er seine Kollegen im Parteivorstand erneut mit Orakelsprüchen von einem möglichen Amtsverzicht.

Schon früher hatte der Kanzler — mal flapsig, mal verärgert, mal koket-

tierend — angedeutet, eigentlich habe er es gar nicht nötig, sich von widerpenstigen Genossen oder profühnigen Liberalen strapazieren zu lassen. Doch diesmal ist es ihm offenbar ernst.

Den Schmidt-Aufritten in der letzten Zeit war eines gemeinsam: Den Kanzler bedrängen apokalyptische Visionen, die derzeitige Krise ums Öl könne sich zu einer massiven Bedrohung der Menschheit ausweiten, mit Kriegen, Hungersnöten und Naturkatastrophen. Hervorgerufen hat das Kanzler-Trauma der Philosoph und Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker, der in einem Schmidt zur Kenntnis gelangten Brief an den evangelischen Bischof Helmut Class ähnliche Ängste niedergeschrieben hatte.

Wie zu Beginn der weltweiten Rezession, bei der ersten Ölkrise Ende 1973, so die Weltanschauung des Bonner Regierungschefs, hätten Querelen mit den Ölländern des Mittleren Ostens auch jetzt für Unsicherheit in den westlichen Verbraucherstaaten gesorgt; der lange Ausfall iranischer Lieferungen mache es nötig, weltweiten Katastrophenalarm auszulösen. Wenn die Verbraucher die desolate Lage noch nicht begriffen hätten, so werde sie den Leuten spätestens bewußt werden, „wenn im Sommer die Nachforderungen auf die Ölrechnungen kommen“.

Alle bisher auch von der SPD empfohlenen Rezepte, künftig wieder stärker auf die heimische Kohle zurückzugreifen, hält Schmidt für untauglich. Denn „die Verbrennung jeder Art von Kohlenwasserstoff“, so verkündete der Ökonom im Kabinett seine neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, „führt zu einer gefährlichen Aufheizung des Erdballs“ — mit verheerenden Folgen für das Klima. Die landwirtschaftlichen Erträge in den Entwicklungsländern gingen zurück, „wir kriegen Hungerkatastrophen, die alles in den Schatten stellen, was wir in der Sahelzone schon erlebt haben“ (siehe Seite 22).

Wer heute nach Kohle rufe, um knappes Öl auf Dauer zu ersetzen, müsse wissen, „daß die Leute vielleicht schon in zehn Jahren eine Riesenangst davor haben, daß ihre Kinder keine Luft mehr kriegen“. Schmidt ist überzeugt, daß in seinem Horrorstück schon bald prominente Mitspieler auftreten, wenn nämlich „die Apokalyptiker des Club of Rome* das erst einmal begriffen haben“.

Für den Sozialdemokraten Schmidt gibt es nur ein Schlupfloch, dem globalen Inferno zu entinnen: „Die Welt braucht Kernenergie“, und die verantwortlichen Politiker dürfen sich dabei weder von „Umweltidioten“ noch von „Gerichten, die alles kaputtmachen“, bremsen lassen: „Deutschland ist nicht

geholfen, wenn Herr Eppler und ich mit dem Fahrrad ins Büro fahren.“

In einem einstündigen Monolog über die schlimmen Zeiten kam der Kanzler den Genossen im SPD-Vorstand mit einem Beispiel aus dem Alltag der Zukunft: „Im Jahre 2010 werden wir kein Öl mehr haben. Dann werden alle Autos mit Batterien fahren. Dazu brauchen wir Atomkraftwerke, damit wir die Batterien aus der Steckdose aufladen können.“

Die Vorständler vernahmen's fassungslos — und schwiegen. Der baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende Erhard Eppler, prominentester Atomkritiker seiner Partei, später: „Wenn ich so einen Kram erzählt hätte, würde man sagen, ich sei ein Phantast.“

Unterstützung für seinen rigorosen Kurs verspricht sich der Kanzler denn auch weniger aus der sozialdemokratischen Provinz als von den Großen der Welt. Auf den anstehenden Gipfelkonferenzen der neun EG-Staats- und -Regierungschefs in Straßburg und der Lenker der sieben größten westlichen Industriestaaten in Tokio will er noch in diesem Monat ein internationales Ja zur Kernenergie durchsetzen. Schon in der Woche nach Pfingsten engagierte er den amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter und dessen Finanzminister Michael Blumenthal für den Krisenchor: „Das war großartig“, lobte Blumenthal, „das müssen wir machen.“

Anfang Juli wird sich Schmidt dann in einer Regierungserklärung klipp und klar zum Ausbau der Atomwirtschaft bekennen, unbeeindruckt von den jüngsten Wahlerfolgen der Grünen bei der Europawahl, die in Großstädten wie Stuttgart fast fünf, in Freiburg gar über zehn Prozent der Stimmen kassierten.



Schmidt-Freund Franke
Zorn auf „Pinscher“ und „Klugscheißer“

Denn „Demokratie ohne leadership“, dozierte Schmidt. „hat keine Chance“.

Der Kanzler fühlt sich in seinem selbstgewählten Auftrag bestärkt, seit ihm sein FDP-Kompagnon Hans-Dietrich Genscher vor dem Kabinett unverbrüchliche Loyalität und bedingungslose Hilfe versprochen hat: „Ich bin voll der Meinung des Bundeskanzlers. Es gibt Dinge, bei denen man eine persönliche Verantwortung trägt, die man nicht opportunistisch auswalzen darf. Jeder muß wissen, welche Konsequenzen das eigene Handeln hat.“

Das Treuegelöbnis des liberalen Mitgesellschafters quittierte der Kanzler dankbar: „Ich stelle mit großer Genugtuung hundertprozentige Übereinstimmung mit Herrn Genscher fest.“

Derart aneinandergeschnitten hoffen die beiden Koalitionsschefs endlich den Nachweis ihrer Führungskraft auch in der Kernenergiepolitik erbringen zu können, der ihnen vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht bestritten worden war. Genüßlich hatte der CDU-Provinzfürst seine Zu-



Schmidt-Kompagnon Genscher
„Voll der Meinung des Kanzlers“

stimmung zum Bau der Atomfabrik in Gorleben mit der Begründung verweigert, Schmidt und Genscher könnten ihrer Partei in der Atompolitik nicht sicher sein.

Doch eine neue Strategie, auch wenn sie von Schmidt und Genscher gemeinsam exerziert wird, ist noch keine Garantie für den Erfolg. Wenn oben angeordnet wird, es müsse auf Atomstrom umgeschaltet werden, weil Öl und Kohle zu knapp, zu teuer oder zu gefährlich seien, ist unten beim Parteivolk der Schreck über die Beinahe-Katastrophe von Harrisburg noch lange nicht überwunden. Die von Egon Fran-

* Lose Vereinigung von Wissenschaftlern und Wirtschaftsexperten aus zahlreichen Ländern, die durch ihre Kritik an ungebremstem Wirtschaftswachstum bekanntgeworden ist.

CO₂-Mengen ist in der irdischen Luft-hülle noch vorhanden.

Allein in den letzten 20 Jahren, so die neuesten Messungen, ist der CO₂-Gehalt der Erdatmosphäre von 314 auf 335 ppm* angestiegen.

Würde die Menschheit auch förderhin in steigendem Ausmaß Urwälder roden, Heizöl, Kohle und Benzin verbrennen und dazu noch jeden fallenden Kuhdung, wie die Inder es tun, so wäre der Temperaturanstieg auf dem Planeten unausbleiblich. Die Wissenschaftler rechnen damit, daß in diesem Fall die Durchschnittstemperatur auf der Erde bis zum Jahr 2000 um etwa ein Grad zunehmen würde.

In Ländern der Dritten Welt — mahnendes Beispiel: Sahelzone — könnte schon ein zusätzlicher Celsius-Grad neue Hungersnöte hervorrufen. Und hielte die Entwicklung ungebremst bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts an, wären „unvorstellbare Konsequenzen“ zu gewärtigen, wie Klimaforscher Flohn meint. Die arktischen Ozeane wären dann womöglich eisfrei — mit wiederum irreversiblen Folgen: Die Sonneneinstrahlung während des Sommers, sonst von der glitzernden Eisfläche weitgehend zurückgeworfen, würde das Wasser weiter aufheizen. Eine Änderung von Windrichtungen und Niederschlagsgürteln in großem Maßstab stünde zu befürchten.

Daß andererseits die Atomenergie wohl kaum die tragende Säule einer zukünftigen Energiewirtschaft sein könne, verdeutlichen die Wissenschaftler des US-Atomforschungszentrums Oak Ridge an einer wahrhaft erschreckenden Hochrechnung: Wollte man einer für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts geschätzten Weltbevölkerung von 7,5 Milliarden Menschen (derzeit: über vier Milliarden) ein Energieangebot liefern, das nur etwa 80 Prozent des gegenwärtigen US-Pro-Kopf-Verbrauchs ausmacht, so müßten dafür 15 000 Atomkraftwerke vom Typ „Schneller Brüter“ in die Welt gesetzt werden.

Jede dieser Anlagen müßte die vierfache Leistung eines Biblis-Blocks haben. Selbst wenn das Energieangebot pro Kopf der Erd-Bevölkerung auf die Hälfte (= 40 Prozent des amerikanischen Pro-Kopf-Verbrauchs) gesenkt würde, müßten in einer solchen Atom-Welt noch 7500 der gigantischen Plutonium-Brüter ständig in Betrieb sein. Im Durchschnitt wäre dann jedes zweite Jahr mit einem „Super-Gau“ zu rechnen, einem Durchschmelzen des Reaktorkerns mit anschließender radioaktiver Verseuchung der Umwelt.

* ppm: parts per million; 1 ppm in diesem Fall: ein Raumteil CO₂ in einer Million Raumteilen Luft.

ke herb apostrophierten „Pinscher“ und „Klugscheißer“ sind so einfach nicht zu überzeugen.

Noch wisse man nicht, wie stark der Widerstand in den Parteien gegen die Kernenergie sei, warnte Justizminister Hans-Jochen Vogel im Kabinett, „ob das ein Winkelhaken ist oder ob da ein Reiß durch den ganzen Stoff geht“.

Trotzdem wertete Schmidt eine sorgfältige Energiestudie seines Widersachers Eppler — These: lieber Energie sparen als neue Atommeiler genehmigen (siehe Seite 20) — als „philosophisch beachtliche, aber ökonomisch unerhebliche Randerscheinung“ ab. Doch Eppler hat bereits die Zustimmung seines Stuttgarter SPD-Vorstands für einen Antrag zum Landesparteitag erreicht, wonach bis 1984 keine weiteren Kernkraftwerke errichtet werden sollen.

Der schwäbische Umweltschützer ist überzeugt, daß er auch bundesweit „eine klare Mehrheit“ für seine Position bekommt. Schmidts Politik des Entweder-Oder sei „völlig irre“. Eppler: „Damit wird er in der Partei Schiffbruch erleiden.“

Auch der Kernenergie-Experte Harald B. Schäfer sagt Opposition in der SPD-Bundestagsfraktion gegen einen radikalen Pro-Atom-Kurs des Kanzlers voraus. Eine „erleckerliche Zahl von mehr als 30 Abgeordneten“ werde nicht mitmachen, prophezeite der Parlamentarier, wenn etwa neue Voten zugunsten des Schnellen Brüters verlangt würden.

Zudem ignoriert der Kanzler einen Beschluß des Bundestages, wenn er mit Hilfe einer Rücktrittsdrohung die Kernenergie alternativlos im Regierungsprogramm verankern will. Denn die Fraktionen hatten erst im Frühjahr eine Enquete-Kommission eingesetzt, die auch untersuchen soll, ob die Bundesrepublik ohne Atomstrom auskommen kann. Dieser Auftrag sei nur glaubwürdig zu erledigen, so Kommissionschef SPD-MdB Reinhard Ueberhorst, „wenn auch die laufende Politik diesen Weg offenhält“.

Im Kabinett versuchte Forschungsminister Volker Hauff, Kanzler und Vizekanzler zu zügeln: „Natürlich müssen wir Verantwortung übernehmen, aber bitte nicht so, daß wir von vornherein recht haben.“

Schließlich sei der Streit um die Kernenergie nur „eine Stellvertreter-Diskussion“, in der sich Argwohn und Furcht der Bürger vor den Risiken der modernen Technik ausdrückten. Daher müßten die Politiker den Bürgern gleichrangig die Gefahren eines Weltkrieges ums knappe Öl, die Folgen einer Umweltkatastrophe durch Kohlendioxid und die Konsequenzen eines Atomunfalls à la Harrisburg schildern. Hauff: „Die Summe der Risiken muß so klein wie möglich gehalten werden.“

* In der Zocher Lohberg/Dinslaken



Energiepolitiker Hauff*
Beim Sparen keine Tabus

Jede punktuelle Risiko-Diskussion ist schädlich.“

Erst wenn im Volk das Bewußtsein geweckt werde, daß jede Art der Energieerzeugung Gefahren in sich berge, könnten die Politiker auf Bereitschaft zu sorgsamem Umgang mit Energie hoffen.

Mit einer intensiven öffentlichen Debatte über Energieeinsparungen, die auch Wähler der Grünen und umweltbewußte SPD- und FDP-Anhänger beeindruckt könnte, hofft Hauff von der für Schmidt und Genscher gefährlichen Schlagwortdiskussion pro und contra Kernenergie abzulenken.

Entscheidend für den Erfolg eines umfassenden Energieprogramms der Regierenden sei der Mut, auch mit zunächst unpopulären Vorschlägen erhebliche Mengen an Kraftstoffen und Heizmaterial einzusparen. Dabei darf es, wenn es nach Hauff geht, keine Tabus mehr geben.

Am Ende der Sommerpause, wenn die Bundesbürger aus den Ferien kommen, will der Forschungsminister einen Energie-Sparkatalog vorlegen. Dazu gehören das Verbot, Ölheizungen in Neubauten zu installieren, und Tempo 100 auf den deutschen Autobahnen.

Zwei Tage nach Hauffs Spar-Plädoyer im Kabinett befand am vergangenen Freitag sein Kollege, Verkehrsminister Kurt Gscheidle, in der „Bild“-Zeitung: „Es gibt für mich überhaupt keinen aktuellen Anlaß, über ein Tempo-Limit nachzudenken.“

Eine solche Geschwindigkeitsbegrenzung spart aber fünf Prozent vom westdeutschen Spritverbrauch. ◆